



Kampf der Giganten?

Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen

Uli Cremer

Der 3. Golfkrieg 2003 wurde vielfach als tiefer Einschnitt in den transatlantischen Beziehungen wahrgenommen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Führungsmächten Frankreich und Deutschland einerseits sowie den USA andererseits endeten mit einem US-Alleingang. Washington war nicht bereit, sich mit den Auffassungen der beiden EU-Mächte zu arrangieren. Paris und Berlin wollten sich wiederum der US-Position nicht unterordnen und hielten sich aus den direkten Kriegshandlungen im Irak heraus. Die Frage ist nun, inwieweit die mediale Darstellung materielle Substanz hat(te), insbesondere angesichts der umfangreichen Unterstützung, die von deutscher Seite aus für diesen Krieg geleistet wurde.¹ Bereits im Vorfeld des Krieges war offensichtlich, dass die Haltung der Schröder-Fischer-Regierung widersprüchlich war. Einerseits wurden die Kriegspläne öffentlich kritisiert, andererseits wurde den US-Streitkräften gestattet, den Krieg von deutschem Territorium aus zu führen. Der Luftraum wurde nicht gesperrt, sodass die US-Militärbasen in Deutschland problemlos für Aufmarsch und Nachschub benutzt werden konnten. Deutschland als wichtige EU-Führungsmacht war nur bereit, mit den USA einen sachlich und zeitlich begrenzten Konflikt auszutragen. Denn

die UN-Irak-Resolutionen seit Sommer 2003, die den US-Krieg nachträglich absegneten und das Besatzungsregime sowie die damit zusammenhängenden geschaffenen Fakten anerkannten, wurden mit französischer und deutscher Unterstützung beschlossen. Dies ergibt sich logisch aus der Grundsatzzposition, wie sie Fischer beispielhaft skizziert: »Unbeschadet der früheren Differenzen um die Kriegsgründe und die eigentlich entscheidende Frage, ob der Krieg als Mittel zur regionalen Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens zulässig war und in seinen Folgen begrenzt und beherrschbar bleibt, geht es angesichts der neu geschaffenen Fakten im Irak nur noch um die Option Erfolg, nämlich dass die von den USA angeführte Intervention im Irak nicht scheitern darf, sondern dass im Gegenteil eine demokratische Stabilisierung und Bewahrung der territorialen Integrität des Iraks trotz des anhaltenden Terrors gelingen wird. Denn den Preis für ein Scheitern hätte neben der Region auch der gesamte Westen, gleich ob Kriegsbefürworter oder Kriegsgegner, zu entrichten.«² In der Konsequenz würde auch die

Teilnahme deutscher oder französischer Truppen an der militärischen Besetzung des Irak nicht überraschen.

Für den nur temporären und begrenzten Konfliktkurs gibt es zwei Ursachen: Erstens dominieren in den transatlantischen Beziehungen nach wie vor die Gemeinsamkeiten. Zweitens reflektieren die Handlungen und Auffassungen der EU-Mächte die ihnen aktuell zur Verfügung stehenden Spielräume und Machtinstrumente.

1. Die gemeinsame Interessenlage

Die gemeinsame Interessenlage belegt ein Vergleich der Bedrohungsanalysen in der EU-Sicherheitsstrategie (ESS³) und der aktuellen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA (NSS⁴). Beide definieren als wichtigste Herausforderungen den Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln sowie den Umgang mit so genannten gescheiterten Staaten, die somit ins Zentrum ihrer Sicherheitspolitik rücken.

Angesichts dieser Deckungsgleichheit ist es nicht verwunderlich, dass es nach wie vor gelingt, gemeinsame Aktionen durchzuführen und auch substantielle Strategiedokumente in der NATO zu verabschieden. Die Zusammenarbeit liegt auf der Hand. In der Istanbulen Erklärung der NATO von 2004 heißt es beispielsweise: »Der Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel stellen gegenwärtig die Hauptbedrohungen für das Bündnis und die internationale Sicherheit dar.«⁵ In der Washingtoner NATO-Strategie von 1999 wurde auf »Risiken umfassenderer Natur« hingewiesen, »einschließlich Akten des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen.«⁶

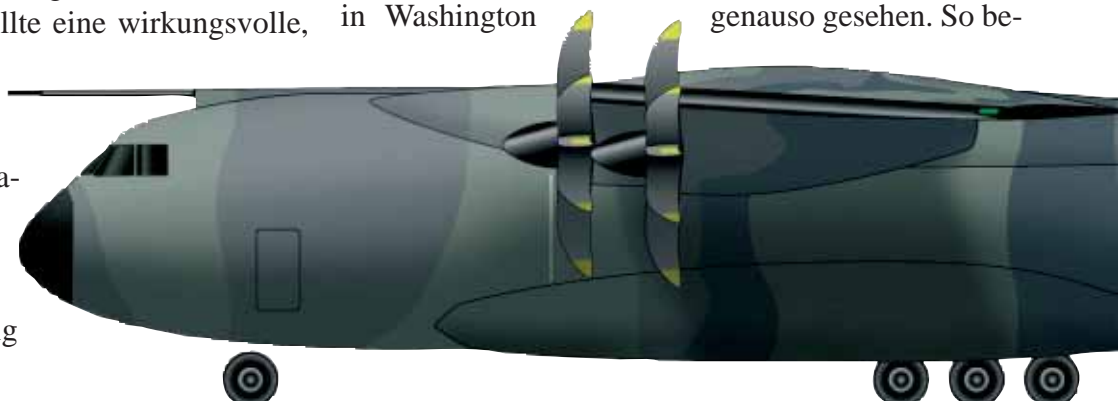
In der Logik der gemeinsamen Ausgangslage betont die ESS (S. 13): »Es gibt wohl kaum ein Problem, das wir allein bewältigen können. [...] Die transatlantischen Beziehungen sind unersetzlich. In gemeinsamem Handeln können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine mächtige Kraft zum Wohl der Welt sein. Unser Ziel sollte eine wirkungsvolle, ausgewogene Partnerschaft mit den USA sein.«

Analog die NSS der Ära Bush: »Die Vereinigten Staaten können ohne die stetige Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten und Freunden in Kanada und Europa wenig Bedeutsames in der

Welt ausrichten.«⁷ Die weitgehende Übereinstimmung zwischen Nordamerika und Europa bei der Bedrohungsanalyse basiere darauf, so die NATO-Strategie von 1999, dass sie »Werte und Interessen [...] miteinander teilen.« Das NATO-Bündnis sei nämlich »der konkrete Ausdruck wirksamen kollektiven Bemühens seiner Mitglieder um Förderung ihrer gemeinsamen Interessen.«⁸

Diese bestehen in der ökonomischen Ordnung, von der beide profitieren, sowie in gemeinsamen Rohstoffinteressen. In den USA wird der Zugang zu Ölquellen seit langem als »vitales Interesse« definiert. So findet sich in Clintons Sicherheitsstrategie von 1999 der entsprechende Hinweis.⁹ Aber bereits 1979 hatte der damalige demokratische US-Präsident Carter in seiner Präsidentendirektive 59 den Nahen Osten aufgrund seines Ölreichtums zum vitalen Interessengebiet erklärt. Sein Verteidigungsminister Harold Brown hatte den politischen Ansatz so beschrieben: »Der Schutz der Ölströme aus dem Mittleren Osten ist Teil unserer lebenswichtigen Interessen. [Zu ihrer Verteidigung] werden wir jede angemessene Maßnahme ergreifen, einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt.«¹⁰ Auch die ESS (S. 3) thematisiert die »Energieabhängigkeit«, die »Anlass zur Besorgnis« gibt, denn »Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt.« Der Verbrauch »wird zu 50% durch Einfuhren gedeckt [...] zum größten Teil aus der Golfregion, aus Russland und aus Nordafrika.« Wenn die aktuelle NATO-Strategie die »Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen« als »Risiko umfassenderer Natur«¹¹ nennt, geht es um die militärische Absicherung genau dieser Energievorräte.

Die ökonomische Ordnung wird vornehmlich durch die internationalen Institutionen wie die Welthandelsorganisation, den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank abgesichert. Diese werden in der ESS (S. 9) als »Schlüsselinstitutionen des internationalen Systems« definiert. Entsprechend will sich die EU »darum bemühen, die Mitgliedschaft solcher Einrichtungen unter Aufrechterhaltung ihrer hohen Standards auszuweiten.« Auch müsse man »bereit sein, bei Verstößen gegen ihre Regeln zu handeln«. Das wird in Washington genauso gesehen. So be-



gründet Thomas Barnett, Berater von Minister Rumsfeld, den Krieg gegen den Irak (3. Golfkrieg) so: »Saddam Husseins Unrechtsregime war auf gefährliche Weise (selbst-)isoliert von der im Prozess der Globalisierung befindlichen Welt, von ihrem Regel-Kanon, ihren Normen und all jenen Bindungen, die Länder in wechselseitiger Abhängigkeit miteinander verknüpfen.«¹² Weiter schreibt Barnett: »Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele der Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich größere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen dorthin entsenden werden.«¹³

2. Vermeintliche Unterschiede

Demnach liegt der Unterschied zwischen der EU und den USA also lediglich in der Wahl der Mittel. Diese sind natürlich davon abhängig, was im eigenen Arsenal enthalten ist. Die US-Regierung hat dabei als global führende Militärmacht das größere Spektrum zu bieten. Sie ist insbesondere in der Lage, Militärinterventionen überall auf der Welt vorzunehmen. Zwar kann sie nicht beliebig viele Kriege parallel führen, aber Waffen, Transportkapazitäten und Soldaten für zwei größere Kriege sind vorhanden. Die EU ist dazu augenblicklich (noch) nicht in der Lage. Ihre Interventionskapazitäten befinden sich derzeit aber im Aufbau.

In den Worten von Robert Kagan, einem wichtigen Vordenker der Bush-Regierung: »Die militärische Stärke der Vereinigten Staaten hat in den USA die Neigung wachsen lassen, diese Stärke auch auszuspielen. Europas militärische Schwäche dagegen hat zu einer verständlichen Abneigung gegen Ausübung militärischer Macht geführt.«¹⁴ Nicht die verbale Zuspitzung ist hier von Bedeutung, sondern der Grundgedanke. Extrapoliert man diesen in die Zukunft, wenn die EU bei ihrer militärischen Ausrüstung wichtige Defizite wie fehlende Transportkapazitäten (Airbus A400M) oder mangelnde

Staaten ihre Positionen vermutlich dann rabiater und vermehrt militärgestützt verträten. Wer sich militärische Mittel zulegt, benutzt sie auch. Dass sich die EU derzeit als eher zivile Macht geriert, ist eben auch Ausdruck nicht vorhandener militärischer Möglichkeiten.

Prinzipiell lehnt die EU nämlich die von den USA eingesetzten Methoden keineswegs ab. Schließlich haben die EU-Staaten in den letzten 15 Jahren an verschiedenen US-geführten Kriegen teilgenommen, z.B. am Zweiten Golfkrieg 1991, am Jugoslawien-Krieg 1999 und am Afghanistan-Krieg 2001. An dieser Liste wird deutlich, dass das gestörte Verhältnis zum Völkerrecht keine exklusive US-Angelegenheit ist, denn die letzten beiden Kriege waren nicht durch ein UN-Mandat gedeckt.¹⁵ Die im Konsens verabschiedete NATO-Strategie von 1999 ist ein weiterer Beleg. Darin »erinnert das Bündnis an seine [...] Beschlüsse in bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan«,¹⁶ hebt also den völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien positiv hervor.

Die eigenen Militärpläne der EU verfolgen schließlich auch nicht den Zweck, Krieg als Mittel der Politik zu ächten oder zurückzudrängen, sondern es geht darum, autonome Fähigkeiten für *eigene* Kriegseinsätze aufzubauen. Selbst die Präventivkriegs-Idee aus der NSS 2002 ist der EU nicht völlig fremd. Insofern gibt es wenig Anhaltspunkte für die Erwartung, dass die EU in Zukunft militärische Instrumente anders gebrauchen würde als die USA.

3. Unterschiedliche Große Strategien

All diese Gemeinsamkeiten sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass USA und EU-Staaten unterschiedliche Große Strategien (»Grand Strategies«) verfolgen.

In der ESS (S. 1) charakterisiert sich die EU als globaler Akteur: »Europa muss [...] bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.« Für EU-Kommissar Verheugen ist »das Gebot der Stunde [...], dass sich Europa etablieren muss als eine Weltmacht, die einen Gestaltungsanspruch erhebt. Wir wollen eine Weltmacht anderen Typs sein – aber schon eine, die ihre Interessen und ihren Gestaltungswillen bei der Lösung globaler Probleme notfalls mit robusten Mitteln schützen kann.«¹⁷

Vor zehn Jahren wäre eine solche Äußerung in Washington belächelt worden. Noch 1997 vertrat der ehemalige Sicherheitsberater von US-Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, die Ein-



moderne Spionagesatelliten beseitigt haben wird, wäre die Konsequenz, dass die EU-

schätzung: »Tatsache ist schlicht und einfach, dass Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.«¹⁸ Inzwischen hat die EU jedoch verschiedene Schritte realisiert, um mit den USA auf Augenhöhe zu kommen. Der Euro wurde in den EU-Kernländern als gemeinsame Währung eingeführt und konkurriert global mit dem Dollar. Auch die militärische Aufrüstung wurde vorangetrieben. Dabei holt die EU die USA auf den meisten Gebieten nicht durch eine dynamische Aufholjagd ein, »sondern weil sie wichtige Ressourcen und geistiges Kapital bindet, die schon in den Einzelstaaten vorhanden sind.«¹⁹ Damit unterscheidet sich die EU aus Sicht der USA qualitativ von anderen Herausforderern (wie China oder Indien), die mehr leisten müssten, als vorhandene Ressourcen zu bündeln.

Nach dem Ende des Kalten Krieges blieben die USA als »einzige Weltmacht« übrig. Dabei konnte sich »Amerika« laut Brzezinski auf vier »Domänen globaler Macht« stützen: »seine weltweite Militärpräsenz hat nicht ihresgleichen, wirtschaftlich gesehen bleibt es *die* Lokomotive weltweiten Wachstums [...]; es hält seinen technologischen Vorsprung in den bahnbrechenden Innovationsbereichen, und seine Kultur findet [...] vor allem bei der Jugend, unübertroffen Anklang. All das verleiht den Vereinigten Staaten von Amerika eine politische Schlagkraft, mit der es kein anderer Staat auch nur annähernd aufnehmen könnte.«²⁰

Allerdings geht Brzezinski (1997) davon aus, dass »die beispiellose Macht der USA mit der Zeit notgedrungen abnimmt.« Deswegen »muss es in erster Linie darum gehen, mit dem Aufkommen anderer regionaler Mächte so zurechtzukommen, dass Amerikas globale Vormachtstellung nicht bedroht wird«. Dazu schlägt er eine »konsequente Geostrategie« vor: »Kurzfristig ist es in Amerikas Interesse, den derzeit herrschenden Pluralismus auf der Landkarte Eurasiens zu festigen und fortzuschreiben. Dies erfordert ein hohes Maß an Taktieren und Manipulieren, damit keine gegnerische Koalition zustande kommt, die schließlich Amerikas Vorrangstellung in Frage stellen könnte. [...] Mittelfristig sollte die eben beschriebene Situation allmählich einer anderen weichen, in der auf zunehmend wichtigere, aber strategisch kompatible Partner größeres Gewicht gelegt wird, die veranlasst durch die Führungsrolle Amerikas, am Aufbau eines kooperativen transeurasischen Sicherheitssystems mitwirken können. Schließlich, noch längerfristiger gedacht, könnte sich aus diesem ein globaler Kern

echter gemeinsamer politischer Verantwortung herausbilden.«²¹ Als »kompatible Partner« werden die EU-Staaten angesehen. Sie sind für Brzezinski der US-amerikanische »demokratische Brückenkopf« in Eurasien.

Charles Kupchan, ehemaliger Sicherheitsberater von US-Präsident Clinton, sieht 2003 die Zeit der mittelfristigen Perspektive für gekommen: »Amerikas Geschichte zeigt, dass strategische Zurückhaltung, institutionelle Einbindung und soziale Integration die richtigen Mittel sind, das Entstehen von Multipolarität zu verhindern.«²² Für ihn ist der Aufstieg der EU zu einem weltweiten Machtzentrum ein Fakt, mit dem man sich arrangieren muss. Also lautet sein Vorschlag: »Strategische Zurückhaltung heißt, Macht nicht auszuüben, Boden zu verlieren und anderen Platz zu machen. [...] Amerika hat heute keinen großen Feind. Stattdessen sieht sich Amerika mit einer Reihe potenzieller Herausforderer konfrontiert,



deren Ziele noch unklar sind. Die Vereinigten Staaten haben daher die seltene Gelegenheit, diese Ziele positiv zu beeinflussen. In diesem Kontext heißt strategische Zurückhaltung Boden aufzugeben, um Boden zu gewinnen, weniger Macht auszuüben und dadurch paradoxerweise mehr Einfluss zu erlangen.

Die Politik der strategischen Zurückhaltung wird diese Ziele auf mehrfache Weise voranbringen. Die Vereinigten Staaten könnten ihre guten Absichten darstellen und ein Signal aussenden, dass sie mehr am Erhalt des Friedens als an ihrer Vorherrschaft interessiert sind. Potenzielle Partner würden dann ähnlich reagieren und ebenfalls strategische Zurückhaltung üben, die wiederum das Vertrauen stärkte. Indem die USA anderen Machtzentren Raum gewähren, könnten sie darüber mitbestimmen, wo und wie sie mehr internationale Verantwortung übernehmen könnten. [...] So könnte Amerika den Status der heutigen Aufsteigerstaaten heben und ihnen eine Stimme gewähren.



Das Kind, das gegen dominante Eltern rebelliert, bereitet gewöhnlich mehr Ärger als das Kind, das Abhängigkeit überwindet und Selbstverantwortung entwickelt.«²³

In diese Logik passen sich auf europäischer Seite die Einlassungen des damaligen deutschen Bundeskanzlers Schröder auf der Münchener Wehrkundetagung 2005 ein. Er beklagte, dass die NATO »nicht mehr der primäre Ort« sei, »an dem die transatlantischen Partner ihre strategischen Vorstellungen konsultieren und koordinieren. Dasselbe gilt für den Dialog zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, der in seiner heutigen Form weder dem wachsenden Gewicht der Union noch den neuen Anforderungen transatlantischer Zusammenarbeit entspricht.« Zur Abhilfe schlug er vor, dass »die Regierungen [...] ein hochrangiges Panel unabhängiger Persönlichkeiten von beiden Seiten des Atlantik einberufen.«²⁴ Kurzfristig setzt die deutsche Militärpolitik also weiter auf die NATO. Inwieweit nach dem Aufbau der EU-Militärmacht mittelfristig die NATO von Seiten der EU-Führungsstaaten zur Disposition gestellt werden könnte, wird sich dann zeigen und hängt nicht unwesentlich davon ab, wie sich die US-Regierung in den nächsten Jahren verhalten wird.

4. Kollisionskurs?

Bei einer von Bill Clinton oder einem anderen Demokraten geführten US-Regierung wäre Schröders Vorschlag möglicherweise auf fruchtbaren Boden gefallen. Allerdings verfolgt die Bush-Regierung eine andere »Grand Strategy«. Diese basiert zuallererst auf selektiver Wahrnehmung, in der globale Machtpolitik auf den militärischen Faktor reduziert wird. Angesichts der gebremsten Aufrüstungseuphorie in Europa konstatiert der Vordenker der Bush-Regierung, Robert Kagan, einen Machtverfall Europas, das entsprechend auch keine strategische Herausforderung darstellt: »Anstatt den Zusammenbruch der Sowjetmacht als Chance zu begreifen, weltweit die Muskeln spielen zu lassen, nutzten die Europäer die Gelegenheit, um eine ansehnliche Friedensdividende einzustreichen.«²⁵

Wenn Militärpolitik die alles entscheidende Währung der Macht ist, erübrigt sich selbstverständlich ein Eingehen auf europäische Vorstellungen. Warum sollte man Platz machen? Die EU ist für die Bush-Regierung kein militärischer Faktor, sondern lediglich »Partner bei der Öffnung des Welthandels« (NSS, S. 131). Pflichtgemäß werden »die Bemühungen« begrüßt, »eine größere europäische außen- und verteidigungspolitische Identität in der EU aufzubauen.« Allerdings sollen »diese Entwicklungen im Rahmen

der NATO funktionieren« (NSS, S.132).

Dies ist der springende Punkt: Den EU-Mächten geht es um autonome militärische Kapazitäten, die nach Bedarf auch mit den US-Kapazitäten kombiniert werden können. Manche demokratischen Vordenker aus den USA halten es deshalb für sinnvoll, sich auf eine solche stärkere und autonom agierende EU einzustellen: »Der Machtpol teilt sich auf und lässt zwei Pole entstehen. Nordamerika und Europa werden in Zukunft vermutlich einen Kampf um Status, Besitz und Macht aufnehmen, der schon immer zur menschlichen Existenz gehörte. [...] Die EU ist ein aufsteigendes Machtzentrum, das den Westen in einen amerikanischen und europäischen Teil trennen wird.«²⁶

Aus diesem Grund schließt Kupchan künftig schwere transatlantische Konflikte nicht aus. Gerade um dies zu verhindern, plädiert er für strategische Zurückhaltung, was jedoch selbst für das Handeln der Clinton-Regierung keine Richtschnur darstellte. In der 1999er Sicherheitsstrategie hieß es: »Die Vereinigten Staaten sind aufgefordert zu führen.« Und: »Amerikanische Führung wird angesichts weiterer wichtiger nationaler Interessen unverzichtbar bleiben.«²⁷ Insofern stellt sich die Bush-Regierung erst einmal nur in die Tradition aller ihrer Vorgängerregierungen, wenn sie die USA auch zukünftig in der Führungsrolle sieht und als Kontrolleur Europas auftritt (»Militärische Aufrüstung ja, aber innerhalb der NATO, also unter US-Kontrolle«).

Worin besteht also der Unterschied zwischen Clinton- und Bush-Regierung? Während Clinton den Jugoslawien-Krieg *innerhalb* einer vorhandenen Organisation (der NATO) organisierte, die natürlich von den USA geführt wurde, organisierte Bush seine bisherigen beiden Kriege (Afghanistan und Irak) *außerhalb* vorhandener Organisationen, in Form von »Koalitionen der Willigen«. Damit können alle anderen keinen Einfluss auf die Entscheidung nehmen. Sie können nur noch entscheiden, ob sie mitmachen wollen oder nicht. Dazu gesellt sich das »Diktat« als »charakteristischer Zug der Bush-Diplomatie«.²⁸ Die Legitimation des eigenen Handelns in den Augen anderer, die für eine langfristige Absicherung der US-Hegemonie unverzichtbar ist, tritt zu Gunsten der kurzfristigen Machtmaximierung in den Hintergrund. Entsprechend destruktiv sehen die Beiträge der US-Regierung in internationalen Organisationen aus, besonders natürlich in der UNO, in der die US-Macht durch die vier anderen Veto-Mächte im Sicherheitsrat eingeeht ist. Die Ernennung von UN-Gegner John Bolton zum US-Botschafter bei der UNO im Juli 2005 und dessen erste Aktivitäten (Aushebelung der

UN-Reformpläne durch Hunderte von »Änderungsanträgen«) zeigen, dass der unilateral geprägte Politikansatz der Bush-Regierung völlig unverändert und unerschütterter ist.

Diese Herangehensweise wird die EU vermutlich noch stärker herausfordern. Weitere Abkopplungsaktivitäten auf den verschiedenen Sektoren sind vorprogrammiert; natürlich würde die EU versuchen, ihre Stärken auf währungspolitischem und wirtschaftlichem Gebiet auszuspielen. Daraufhin dürfte die Bush-Regierung mit rabiaterem Unilateralismus reagieren. Das wiederum würde die EU zu weiteren (auch militärischen) Absatzbewegungen animieren. Die Konfliktschneise könnte sich immer schneller drehen. Irgendwann könnten die EU-Staaten die NATO zur Disposition stellen. Wenn es auf diese Weise zur Auflösung der NATO käme, wäre das allerdings nicht gleichbedeutend mit Schritten zu Abrüstung und Frieden. Denn wenn die EU als globale Militärmacht neben die USA träte, wären eher mehr kriegerische Konflikte zu befürchten.

In dieser Konstellation dürfte eine zunehmende Militarisierung Europas fast zwangsläufig zur Eskalation bestehender transatlantischer Interessenskonflikte führen. Entlarvend ist diesbezüglich der Verweis des maßgeblich an der Ausarbeitung der ESS beteiligten Robert Cooper auf die Eigenlogik des Militärischen: »Würde Europa anders handeln, wenn es mehr militärische Macht hätte? Wahrscheinlich ja. Auf wirtschaftlichem Gebiet, wo Europa mehr oder weniger als Einheit handelt und ein Gewicht ähnlich dem der Vereinigten Staaten hat, geht es sehr viel rauer und härter vor.«²⁹

Zur Zeit strebt die EU »nur« nach eigenständigen Interventionskapazitäten, entwickelt also keine direkt gegen die USA gerichteten Militärkapazitäten (z.B. durch atomare Aufrüstung). Setzen die Bush-Regierung bzw. ihre Nachfolgeregierungen den diktatorischen Kurs fort, wofür derzeit die Mehrzahl der Indizien spricht, würde ein neues Wettrüsten zwischen der EU und den USA ein immer realistischeres Szenario. Dadurch würde die Welt nicht friedlicher. Denn wer sich militärische Mittel zulegt, wird sie auch benutzen. Am Anfang könnten militärische Kleinkonflikte bis hin zu Stellvertreterkriegen in verschiedenen Teilen der Welt stehen. Ein atomares Wettrüsten hingegen wäre in absehbarer Zeit nur durch die Kombination der Machtinstrumente der EU mit den atomaren Kapazitäten Russlands bzw. Chinas denkbar. Damit ist eine weitere Folge des gegenwärtigen US-Politikansatzes berührt. Das von Brzezinski empfohlene »Taktieren und Manipulieren, damit keine gegnerische Koalition zustande kommt« (z.B. in Form des

Aufspaltens der EU in altes und neues Europa oder des Herausbrechens Britanniens aus der EU), könnte sich auf Dauer nämlich als Bumerang erweisen und nicht nur Multipolarität, sondern sogar die gegnerische Koalitionsbildung befördern.

Sollten die EU-Staaten die Eskalationsspirale abbrechen, wäre noch nicht alles gewonnen. Denn ordnete sich die EU lediglich (wieder) als Juniorpartner in das aggressive Militärbündnis gegen andere Teile der Welt, also die global handlungsfähige und agierende NATO, ein, würde die Welt auch nicht unbedingt friedlicher. Den dritten Weg hat die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner vor über 100 Jahren benannt: Die Waffen nieder!

Anmerkungen

¹ Zur Kriegsunterstützung Deutschlands gehörten u.a.: AWACS Aufklärungsflüge, Entlastung von US-Soldaten durch Bewachung ihrer Kasernen, Überfluggenehmigungen und BND-Aufklärungsarbeit. Vgl. Pflüger, Tobias: Es war gut, ihnen nicht geglaubt zu haben: Die deutsche Beteiligung am Irak-Krieg, in: *ak – zeitung für linke debatte und praxis*, Nr. 504, März 2006.

² Fischer, Joschka: Die Rückkehr der Geschichte, Köln 2005, S. 222.

³ ESS Dokument, URL: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html>.

⁴ Nationale Sicherheitsstrategie der USA (NSS), in: *Internationale Politik* 12/2002, S.113ff.

⁵ Erklärung des NATO-Gipfels in Istanbul, URL: <http://www.nato.int/docu/pr/2004/p04-096d.htm>.

⁶ »Das Strategische Konzept des Bündnisses« vom 24.4.1999, URL: <http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm>, Ziffer 24.

⁷ NSS, S.131.

⁸ »Das Strategische Konzept des Bündnisses« vom 24.4.1999, Ziffer 7 bzw. 27.

⁹ A National Security Strategy for a New Century, The White House, December 1999, S. 24f.

¹⁰ Zitiert nach: Hippler, Jochen: Die neue Weltordnung, Hamburg 1991, S. 36.

¹¹ NATO-Strategie, a.a.O., Ziffer 24.

¹² Barnett, Thomas P.M.: Die neue Weltkarte des Pentagon, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2003, S. 554.

¹³ Ebd., S. 557.

¹⁴ Kagan, Robert: Macht und Schwäche, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2002, S.1198.

¹⁵ Für den Afghanistan-Krieg gibt es entgegen gängiger Behauptungen kein UN-Mandat. Am 12.9.2001 hatte der UN-Sicherheitsrat die Staaten aufgefordert, die Täter des 11.9. zu verfolgen, auszuliefern usw., gleichzeitig das Recht auf Selbstverteidigung anerkannt. Dieses gilt jedoch laut UN-Charta nur solange, »bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.« Wäre der Sicherheitsrat also untätig geblieben, läge die Selbstverteidigung in der Hand des angegriffenen Staates, also der USA. Allerdings hat der Sicherheitsrat am 26.9.2001 einen ausführlichen Beschluss gefasst und darin die entsprechenden Maßnahmen aufgelistet. Von der Ermächtigung zu Militärschlägen steht dort allerdings nichts. Insofern ist der Krieg ein ganz profaner Angriffskrieg.

¹⁶ NATO-Strategie, a.a.O., Ziffer 31.

¹⁷ Interview mit Günter Verheugen, Europa muss Weltmacht werden!, in: *Internationale Politik*, Januar 2005, S. 37.

¹⁸ Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht, Weinheim/Berlin 1997, S. 92.

¹⁹ Kupchan, Charles: Die europäische Herausforderung, Berlin 2003, S. 115.

²⁰ Brzezinski 1997, S. 44.

²¹ Ebd., S. 282f.

²² Kupchan, Charles: Die europäische Herausforderung, Berlin 2003, S. 231.

²³ Ebd., S. 232.

²⁴ Stichworte zur Sicherheitspolitik, Sonderausgabe Februar 2005, S. 8.

²⁵ Kagan 2002.

²⁶ Kupchan: Die europäische Herausforderung, S. 116 bzw. 126f.

²⁷ A National Security Strategy for a New Century, The White House, December 1999, Preface, S. IV.

²⁸ Hoffmann, Stanley: Die Gefahren des Imperiums, in: *Internationale Politik* 10/2004, S. 45.

²⁹ Cooper, Robert: Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht, in: *Internationale Politik*, 5/2003, S. 31-38, S. 34.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), *Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege*, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 214-224).

Uli Cremer war Sprecher des Fachbereichs Außenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen und 1999 Initiator der GRÜNEN Anti-Kriegs-Initiative. Letzte Veröffentlichung: »Enttäuschung friedenspolitischer Hoffnungen«, in: »Schwarzbuch Rot-Grün«, Hamburg 2005.

Wir fordern:
Soziale Sicherheit statt
militärische Großmachtspolitik!



**Informationsstelle
Militarisierung e.V.**

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter www.imi-online.de/EU-Projekt/